



Beschluss

Annahme

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

Keine Einschränkung des Angebots von Mittes Seniorenfreizeitstätten

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung, des Bezirksamtes und des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten dafür einzusetzen, dass den Seniorenfreizeitstätten in Mitte vom Bezirk die notwendigen Personalmittel bereitgestellt werden, damit sie auch über das Jahr 2018 hinaus ihre wichtige Arbeit im gewohnten Umfang fortsetzen können.

Die SPD-Fraktion Mitte hat mit der **Einbringung und Verabschiedung der Drucksache 1304/V** „Seniorinnen und Senioren in Mitte stärken – Entwicklungsplan für Senioren*innenarbeit auflegen“ einen Prozess initiiert, an dessen Ende ein Seniorenentwicklungsplan vom BA-Mitte stehen soll, der regelmäßig fortgeschrieben wird, in Anlehnung an andere Entwicklungspläne (z.B. Schulentwicklungsplan, etc.).

Ziel dieses Plans ist zunächst die regional differenzierte Bedarfsermittlung und anschließend der gezielte Abbau der ungedeckten Bedarfe. Der Plan soll rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen (bis März 2019) vorliegen, sodass er als Grundlage für die Finanzierungsbedarfe bzw. Personalmittelbedarfe dienen kann.

Die Frist für die VzK zum Antrag war der **10.01.2019**, eine VzK des Bezirksamtes ist bisher nicht erfolgt.

Aufgrund der im KDV Beschluss konkret benannten Problematik der Finanzierung für 2019 hat die SPD Fraktion umgehend einen Ausschussantrag gestellt, den alle Fraktionen unterstützt haben (1424/V – Personelle Lösungen in den Seniorenbegegnungsstätten für 2019: Das Bezirksamte wird ersucht, unverzüglich die finanziellen und personellen Bedarfe zu ermitteln, die für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Angebots in den Seniorenbegegnungsstätten im Bezirk im Jahr 2019 unabdingbar sind.

Für die ungedeckten Bedarfe sind umgehend Lösungsstrategien zu entwickeln, mit den betreffenden Trägern abzustimmen und wirksam zum 01.01.2019 die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten).

Das Bezirksamte ist dem gefolgt, hat sowohl bei den Trägern die Bedarfe abgefragt, eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden und ist aktuell gerade in der Umsetzung.